



Europäische  
Kommission



# FAIRE BESTEUERUNG



*Besteuerung in der EU für das 21. Jahrhundert*



“  
*Ich möchte, dass alle Europäer  
in einem Europa leben, das  
über eine solide Säule sozialer  
Standards verfügt und in  
dem die Gewinne der Unter-  
nehmen dort besteuert werden,  
wo sie entstehen.*

*Präsident der Europäischen Kommission  
Jean-Claude Juncker*

# INHALT

WARUM STEUERGERECHTIGKEIT WICHTIG IST	2
STEUERGERECHTIGKEIT IN DER EU	4
STEUERTRANSPARENZ	5
EFFEKTIVE BESTEUERUNG	6
Globale Steuerliche Good Governance	7
GEMEINSAME KONSOLIDIERTE KÖRPERSCHAFTSSTEUER-BEMESSUNGSGRUNDLAGE	8
DIGITALE BESTEUERUNG	10

# WARUM STEUERGERECHTIGKEIT WICHTIG IST

*Mit ihrer ehrgeizigen Agenda, auf Wachstum, Erhöhung der Investitionen und Vertiefung der wirtschaftlichen Integration hinzuwirken, zielt die Europäische Kommission auf die Erfüllung der Anforderungen für soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftswachstum ab, unter anderem durch eine gerechte und effektive steuerliche Koordinierung. Gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union möchte die Europäische Kommission die Steuersysteme im Allgemeinen transparenter, rechenschaftspflichtiger und effektiver machen.*



## **BESTEuerung IST EIN WICHTIGER BESTANDTEIL EINER FUNKTIONIERENDEN GESELLSCHAFT.**

Sie ermöglicht den Bürgern den Zugang zu hochwertiger Bildung, Gesundheitsversorgung und öffentlicher Infrastruktur. Sie unterstützt die Bereitstellung eines Sicherheitsnetzes für Benachteiligte, und ein gutes Steuersystem kann zur sozialen Gerechtigkeit beitragen.

## **STEUERGERECHTIGKEIT IST EIN WESENTLICHER BESTANDTEIL DES SOZIALEN UND WIRTSCHAFTLICHEN MODELLS DER EU.**

Die Besteuerung spielt eine wesentliche Rolle bei der Aufrechterhaltung einer

starken und nachhaltigen Wirtschaft, eines gedeihenden Geschäftsumfelds und von sozialer Gerechtigkeit.

## **STEUERGERECHTIGKEIT IST DAHER WESENTLICH**

für nachhaltige Einnahmen, das europäische Sozialmodell, ein wettbewerbsorientiertes Geschäftsumfeld sowie die allgemeine Steuermoral.



## **STEUERHINTERZIEHUNG UND STEUERUMGEHUNG BERGEN GROSSE RISIKEN FÜR DIE EU-MITGLIEDSTAATEN:**

wirtschaftlich, politisch und sozial. Sie mindern die nationalen Einnahmen und reduzieren so die Gelder, die für Staatsausgaben und Investitionen zur Verfügung stehen.

## **STEUERMISBRAUCH UNTERGRÄBT DEN GESELLSCHAFTSVERTRAG**

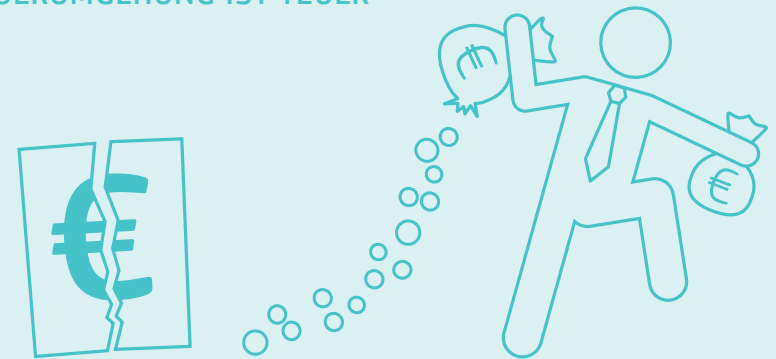
zwischen Bürgern und ihren Regierungen. Die Regierungen kompensieren die Einnahmeverluste oft durch höhere

Besteuerung der Bürger, Arbeitnehmer und Kleinunternehmen. Dies untergräbt das Prinzip der fairen Lastenverteilung.

## **STEUERUMGEHUNG STÖRT DEN FAIREN WETTBEWERB**

zwischen den Unternehmen im Binnenmarkt. Viele kleine oder lokale Unternehmen leiden unter den massiven Wettbewerbsverzerrungen aufgrund der aggressiven Steuerpraktiken ihrer größeren Konkurrenten.

## **STEUERUMGEHUNG IST TEUER**



## **DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT SCHÄTZT:**

# 50-70

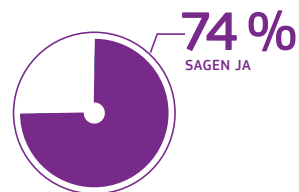
MILLIARDEN EURO GEHEN JÄHRLICH AUFGRUND VON STEUERBETRUG, STEUERHINTERZIEHUNG UND STEUERUMGEHUNG VERLOREN

# STEUERGERECHTIGKEIT IN DER EU

Eine gerechte und effektive Besteuerung hat für die Europäische Kommission höchste politische Priorität. Sie ist verbunden mit den höchsten Zielen der EU, zu denen eine gerechte Gesellschaft, ein starker Binnenmarkt sowie eine stabile Wirtschaft, die auf Wachstum, Beschäftigung und Investitionen gründet, gehören.

Die EU-Bürger und EU-Unternehmen wurden zunehmend unzufriedener mit der Steuerumgehung bestimmter Unternehmen und der Steuerhinterziehung bestimmter Einzelpersonen. Sie forderten eine Änderung der Steuervorschriften, um derartige Tätigkeiten zu unterbinden. Die Kommission reagierte

mit einem ehrgeizigen Steuerreformpaket, das harte neue Maßnahmen im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerumgehung beinhaltet. Infolgedessen wurden große Fortschritte in Richtung einer gerechteren, effektiveren und wachstumsfreundlicheren Steuerumgebung in der EU gemacht.



SOLLTE DIE EU MEHR MASSNAHMEN IM KAMPF GEGEN DEN STEUERBETRUG ERGREIFEN?  
Quelle: 2016 Eurobarometer

## DIE EU-AGENDA FÜR STEUERGERECHTIGKEIT BASIERT AUF DREI PFEILERN:



**TRANSPARENZ:** „Steuertransparenz ist absolut unumgänglich im Kampf gegen undurchsichtige und missbräuchliche Steuerpraktiken.“

*Kommissionsmitglied Pierre Moscovici*



**EFFEKTIVE BESTEUERUNG:** „Die Menschen müssen sicher sein, dass die Steuervorschriften für alle Bürger gleichermaßen gelten. Die Unternehmen müssen ihren angemessenen Steueranteil dort zahlen, wo ihre tatsächliche wirtschaftliche Tätigkeit stattfindet.“

*Vizepräsident Valdis Dombrovskis*



**Globale Good Governance:** „Eine starke Gesellschaft ist von Steuergerechtigkeit abhängig. Hierbei handelt es sich um ein Thema, das an die erste Stelle unserer Tagesordnung gehört, nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt.“

*Kommissionsmitglied Margrethe Vestager*

# STEUER-TRANSPARENZ

Die Kommission hat ihre Kampagne zur Steuergerechtigkeit im Jahr 2015 mit einem **Maßnahmenpaket zur Steuertransparenz** begonnen. Seitdem wurden große Fortschritte gemacht hin zu mehr Offenheit und Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bezüglich Steuerangelegenheiten. Die Mitgliedstaaten haben erklärt, dass sie automatisch Informationen über **Steuerregelungen** und die **Länderberichte** der multinationalen Unternehmen austauschen. Neue EU-Vorschriften stellen außerdem sicher, dass die Steuerbehörden **Zugang zu Informationen bezüglich Geldwäschebekämpfung** erhalten. Die EU-Länder haben außerdem begonnen, Informationen über Finanzkonten von Bürgern im Ausland zu teilen und so dem **Bankgeheimnis** in der EU ein Ende zu setzen. Die Kommission hat ebenfalls **öffentliche Länderberichte** für multinationale Unternehmen und **Transparenzvorschriften für Intermediäre** vorgeschlagen, um einen größeren Überblick über die Tätigkeiten der Unternehmen und Berater zu erhalten.

**Dezember 2015:**  
EU unterzeichnet Transparenzvertrag mit San Marino

**Oktober 2015:**  
EU unterzeichnet Transparenzvertrag mit Liechtenstein

**Mai 2015:**  
EU unterzeichnet Transparenzvertrag mit der Schweiz

**Januar 2016:**  
Länderberichte für multinationale Unternehmen

**Februar 2016:**  
EU unterzeichnet Transparenzvertrag mit Andorra

**April 2016:**  
Öffentliche Länderberichte für multinationale Unternehmen

**Juli 2016:**  
Neue Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche

**Juli 2016:**  
EU unterzeichnet Transparenzvertrag mit Monaco

**Juni 2017:**  
Transparenzanforderungen für Intermediäre



## EFFEKTIVE BESTEUERUNG

Ein vorrangiges Ziel der EU-Steuerpolitik ist die Sicherstellung, dass alle Unternehmen ihre Steuern dort zahlen, wo sie ihre Gewinne erzielen.

Hierfür hat die Kommission die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken (ATAD 1&2) vorgestellt, die rechtsverbindliche Maßnahmen zur Missbrauchsbekämpfung für die gesamte EU festlegt. Diese neuen Maßnahmen werden 2019 in Kraft treten und so die heute

noch vorhandenen Hauptkanäle zur Steuervermeidung außer Kraft setzen.

Eine Prüfung der Sondersteuerregelungen (Lizenzboxen) und Verrechnungspreisvorschriften zur Verhinderung von Steuervermeidung über diese Kanäle erfolgte ebenfalls.

Zusätzlich gibt es eine Vielzahl an staatlichen Beihilfen, die ungerechte Steuervorteile ausmerzen, welche einige EU-Staaten ihren multinationalen Unternehmen eingeräumt haben.

### SCHAFFUNG EINER GERECHTEN BESTEUERUNG IN JEDEM EU-LAND

Die Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie stark die Wirtschaften aller EU-Länder miteinander verflochten sind. Sie hat aufgezeigt, dass sie zusammenarbeiten müssen, um nachhaltiges und integratives Wachstum in Europa zu erreichen. Aus diesen Gründen haben die EU-Länder beschlossen, ihre Wirtschaftspolitiken eng aufeinander abzustimmen mittels eines Prozesses, der

als das ‚Europäische Semester‘ bekannt ist. Im Europäischen Semester identifiziert die Kommission wirtschaftliche und soziale Prioritäten für die EU und jeden Mitgliedstaat für das folgende Jahr. Besteuerung und in letzter Zeit auch aggressive Steuerplanung sind wichtige Punkte in diesen Publikationen, gemeinsam mit Empfehlungen für gerechtere Steuersysteme.

## GLOBALE STEUERLICHE GOOD GOVERNANCE

Steuerungsumgehung und -hinterziehung sind globale Probleme, die auch global in Angriff genommen werden müssen. Die EU hat konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der internationalen Good-Governance-Standards für Besteuerung ergriffen. Für weltweit faire und einheitliche Wettbewerbsbedingungen erwartet sie das Gleiche von ihren globalen Partnern.

Im Januar 2016 legte die Kommission eine neue externe Strategie für eine effektive Besteuerung vor. Diese zielt auf die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den globalen Partnern der EU bezüglich der Steuergerechtigkeit ab. Die Strategie zeigt außerdem auf, wie die EU mit Ländern umgehen soll, die sich weigern, die internationalen Good-Governance-Standards einzuhalten.

Der EU-Listungsprozess wurde ins Leben gerufen für den Umgang mit nicht kooperativen Steuergebieten. Die erste EU-Blacklist wurde von den Mitgliedstaaten im Dezember 2017 erstellt. Sie wurde gemeinsam mit einer „grauen“ Liste von Ländern veröffentlicht, die sich als Reaktion auf

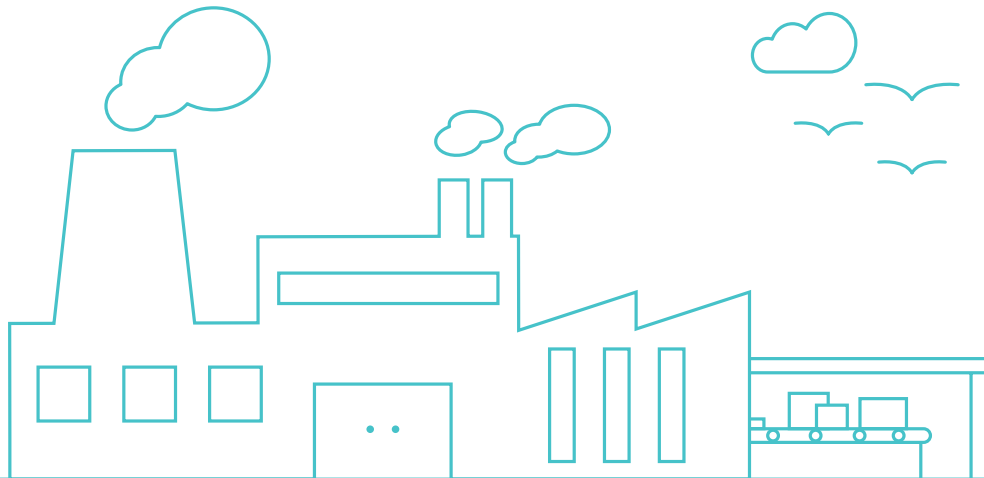
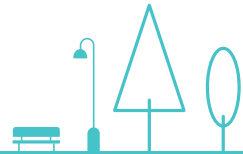
diesen Listungsprozess verpflichtet haben, ihre Steuersysteme zu verbessern. Die EU wird die Situation weiterhin überwachen und die Blacklist regelmäßig aktualisieren.



Die EU legt außerdem sehr viel Wert darauf, Entwicklungsländer in der internationalen Kampagne für Steuergerechtigkeit zu unterstützen. Die Strategie der EU zur Verbesserung der Mittelverwendung („Collect More, Spend Better“) zielt auf die Unterstützung der EU für die Niedrigeinkommensländer ab durch die Bekämpfung des Steuermisbrauchs und die Einnahme nachhaltiger Umsätze.



# GEMEINSAME KONSOLIDIERTE KÖRPERSCHAFTSSTEUER-BEMESSUNGSGRUNDLAGE (GKKB)



Die derzeitigen Körperschaftssteuervorschriften sind veraltet, schwerfällig und anfällig für Missbrauch. Die EU benötigt ein Steuersystem, das die Herausforderungen der modernen Wirtschaft meistern und die großen politischen Ziele der Union unterstützen kann. Europa braucht ein neues, modernes, dynamisches und im Grundsatz gerechtes Körperschaftssteuersystem, das dem Binnenmarkt zu zukünftigem Erfolg verhelfen kann.

Die Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) ist die Antwort. Die GKKB wurde erstmals im Jahr 2011 vorgeschlagen und im Jahr 2016 in einer verbesserten Fassung veröffentlicht. Es handelt sich um ein Modell des gleichberechtigten und wachstumsfreundlichen Körperschaftssteuersystems.

Auf der einen Seite wird die GKKB das Tätigen von Geschäften in der EU vereinfachen. Es wird nur noch ein Regelwerk für Unternehmen geben, um ihren steuerpflichtigen Gewinn innerhalb der EU zu berechnen, sowie ein System der Einmalzuständigkeit

für die Einreichung der Steuererklärung. Die Unternehmen können Verluste in einem Teil von Europa aufrechnen gegen Gewinne in einem anderen Teil – genauso, wie sie es auf nationaler Ebene auch machen. Und die GKKB bietet Steueranreize für Unternehmen, die in wachstumsfreundliche Tätigkeiten investieren, wie zum Beispiel Forschung und Entwicklung.

Gleichzeitig wird die GKKB helfen, Steuervermeidung zu unterbinden. Die größten multinationalen Unternehmen unterliegen alle dem GKKB-System und somit werden die wichtigsten Kanäle der Steuervermeidung abgeschafft. Die robusten Maßnahmen zur Missbrauchsbekämpfung der GKKB helfen ebenfalls dabei, Unternehmen davon abzuhalten, ihre Gewinne aus dem Binnenmarkt herauszunehmen.

Die GKKB ist das gerechte, effektive und wettbewerbsfähige Steuersystem, das die EU zukünftig braucht. Es wird nun zwischen den Mitgliedstaaten verhandelt, die es einstimmig verabschieden müssen.

aktuelle Anzahl an Körperschaftsteuervorschriften in der EU

28

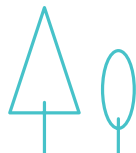
Die GKKB könnte das Wachstum anheben

+1,2%



Die GKKB könnte die Investitionen in der EU anheben

+3,4%



EU-Unternehmen könnten ihre Befolgungskosten reduzieren

-2,5%



1 Anzahl an Körperschaftsteuervorschriften mit GKKB





# DIGITALE BESTEUERUNG

Globalisierung und Digitalisierung bringen Fortschritt durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Förderung von innovativen Ideen und die Förderung von Einzelpersonen. Gleichzeitig ändern sie unsere Art zu arbeiten, zu konsumieren und zu produzieren. Digitale Unternehmen wachsen schneller als die Wirtschaft als Ganzes – und dies ist ein fortdauernder Trend.

In der EU wurde der digitale Binnenmarkt eingeführt, um die digitale Transformation voll auszunutzen, die unser Leben heutzutage beeinflusst. Die Bemühungen der EU in Bezug auf eine gerechte, effektive und wettbewerbsfähige Besteuerung müssen mit diesen Entwicklungen verbunden sein.

Ein starker, offener, wettbewerbsfähiger und sicherer digitaler Binnenmarkt ist der Schlüssel der EU, um eine weltweit führende Wirtschaftskraft zu bleiben. Dieser digitale Binnenmarkt kann jedoch nur dann sein volles Potenzial entfalten, wenn er auf einer gerechten, stabilen und nachhaltigen Basis gründet. Die heutigen Körperschaftssteuervorschriften sind

schlecht geeignet, um der dynamischen, immateriellen, benutzergesteuerten und mobilen Art digitaler Unternehmen Rechnung zu tragen.

In einer digitalisierten Welt kann es schwierig sein, zu verstehen, wo und wie Gewinne entstehen und wo sie besteuert werden sollten. Dies bedeutet, dass einige Unternehmen große Gewinne in der EU einfahren können, ohne dort Steuern zu zahlen.

Die Besteuerung muss an die digitale Revolution angepasst werden. Aus diesem Grund hat die Kommission im Frühjahr 2018 EU-Lösungen für eine gerechte und effektive Besteuerung der digitalen Wirtschaft vorgestellt. Dies beinhaltet eine grundlegende Reform der Art, wie Unternehmen auf dem Binnenmarkt besteuert werden – um neue Geschäftsformen besser widerspiegeln zu können. Dies beinhaltet ebenso eine neue Steuer für digitale Dienstleistungen. Diese wird auf die am schwierigsten greifbaren digitalen Tätigkeiten Anwendung finden, während die Einführung der umfassenden Reform vorbereitet wird.

“*Wir möchten eine Wettbewerbsgleichheit schaffen, die allen in der EU aktiven Unternehmen einen gerechten Wettbewerb ermöglicht, ungeachtet dessen, ob sie über eine Cloud oder von herkömmlichen Betriebsgeländen agieren.*

*Kommissionsmitglied  
Pierre Moscovici*

## EU-KÖRPERSCHAFTSSTEUERREFORM

GKKB*				
Länderberichte: Steuerbehörden	Richtlinien zur Bekämpfung von Steuermeidung	Automatischer Austausch von Informationen bezüglich Steuerregelungen	Offenlegungspflichten für Vermittler*	Automatischer Austausch von Informationen bezüglich Finanzkonten
Öffentliche Länderberichte*	Empfehlungen zu Steuerabkommen	Mehr Prüfungen für Trusts und andere Unternehmen (AML-Vorschriften)	Größere Transparenz in Bezug auf wirtschaftliches Eigentum	Finanzregelungen: Good Governance bei EU-Mitteln
EU-Verzeichnis der nicht kooperativen Drittländer	Reform des Verhaltenskodex für Unternehmensbesteuerung	Verbesserungen des Verrechnungssystems	Neue Vorschriften für Lizenzboxen	Streitschlichtungsverfahren bei Doppelbesteuerung
DIGITALE BESTEUERUNG*				

\* = von den Mitgliedstaaten noch zu verabschieden

Printed by GPS in France

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2018

© Europäische Union, 2018

Weiterverwendung mit Quellenangabe gestattet.

Die Weiterverwendung von Dokumenten der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU (Abl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt.

PDF ISBN 978-92-79-77628-1 doi:10.2778/24522 KP-01-18-025-DE-N



Amt für Veröffentlichungen

*Wir führen einen Paradigmenwechsel im EU-Steuersystem herbei – es wird mehr Transparenz geben, mehr Effizienz und mehr Unternehmensfreundlichkeit. Wir müssen weiterhin als eine Gemeinschaft zusammenarbeiten, um dies zu erreichen. Und wir müssen weiterhin unsere internationalen Partner drängen, es uns gleich zu tun.*

*Kommissionsmitglied  
Pierre Moscovici*



